

Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation (Nr. 31) und des Rechnungsprüfungsausschusses (Nr. 15)

Sitzungstermin: Mittwoch, 25.05.2011
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:38 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender

Swieter, Benjamin

Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

SPD-Fraktion

Burfeind, Heidrun
Götze, Horst
Jahnke, Horst
Mecklenburg, Rico
Meyer, Lina

für Johann Wessels

CDU-Fraktion

Bongartz, Helmut
Hoffmann, Monika

(bis 18:35 Uhr)

FDP-Fraktion

Ammersken, Heino
Eilers, Hillgriet

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Renken, Bernd

Fraktion DIE LINKE.

Koziolak, Stephan-Gerhard

Rechnungsprüfungsausschuss

SPD-Fraktion

Bamminger, Berendine
Brunken, Karola
Meyer, Elfriede
Schulze, Kai-Uwe
Strelow, Gregor

CDU-Fraktion

Buischer, Herbert
Orth, Petra

FDP-Fraktion

Fooker, Ralf
Hoofdmann, Erwin

(bis 18:17 Uhr)

(bis 18:27 Uhr)

Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation (Nr. 31) und des Rechnungsprüfungsausschusses (Nr. 15) am 25.05.2011

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Schild, Walter

für Wulf-Dieter Stolz

Fraktion DIE LINKE. (Grundmandat)

Graf, Wilfried

Verwaltungsvorstand

Lutz, Martin

Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Ammermann, Uwe

Discus, Gerhard

Mansholt, Dieter

Stomberg, Beate

Willms, Artur

Ammersken, Sandra

Hensmann, Rainer

Protokollführung

Rauch, Agnes

Gast

Edzards, Remmer

Stadtwerke Emden GmbH

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Swieter begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Swieter bittet darum, den Tagesordnungspunkt 7 vorzuziehen, um Herrn Edzards ein früheres Gehen zu ermöglichen.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation (Nr. 31) und des Rechnungsprüfungsausschusses (Nr. 15) am 25.05.2011

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

BESCHLUSSVORLAGEN

TOP 4 Feststellung der Ersten Eröffnungsbilanz der Stadt Emden zum 01.01.2010 Vorlage: 15/2023

Herr Lutz gibt ausführliche Erläuterungen zur Ersten Eröffnungsbilanz der Stadt Emden zum 01.01.2010.

Herr Ammermann erklärt, die von der Verwaltung heute vorgelegte Erste Eröffnungsbilanz habe Substanz. Die Stadt Emden habe ein langfristiges Vermögen von rund 94 % und langfristige Mittel ebenfalls in dieser Größenordnung. Das seien Vergleichszahlen, die deutlich widerspiegeln würden, dass die Stadt Emden gut aufgestellt sei. Das Rechnungsprüfungsamt habe hier ein anderes Verfahren der Prüfung angewendet als es bislang bei den Jahresabschlussprüfungen der Fall gewesen sei. So habe seit August 2010 eine begleitende Prüfung während des gesamten Prozesses der Bilanzerstellung stattgefunden. Auch sei das Rechnungsprüfungsamt von Anfang an sehr aktiv in die NKR-Projektgruppe und die unterschiedlichen Arbeitsgruppen eingebunden worden. Buchungsvorgänge seien sofort vom Rechnungsprüfungsamt geprüft und notwendige Korrekturen eingearbeitet worden. Insoweit sei hier ein enges Vertrauensverhältnis gewachsen. Dieses habe dazu geführt, dass dem Rat heute eine sehr gute Bilanz vorgelegt werden könne. Auch der Prüfungsbericht bringe dieses zum Ausdruck. Von den vier Prüfungsbemerkungen sei nur eine relevant. Alle anderen seien Anregungen. Seiner Meinung nach werde dem Rat der Stadt Emden mit diesem Gesamtpaket eine gute Bilanz vorgelegt, auf der aufgebaut werden könne. Herr Ammermann schildert kurz den Prüfungsablauf und weist darauf hin, dass der Zeitrahmen sehr eng gefasst worden sei. Abschließend bemerkt er, der Prüfbericht sei einen Tag nach Unterzeichnung der Eröffnungsbilanz von ihm unterschrieben worden. Auch daraus sei ersichtlich, dass diese parallele Prüfung sich bewährt habe. Der Prüfbericht werde am kommenden Freitag an die Ratsmitglieder verschickt. Er stehe dann für die weitere Beratung in den Fraktionen bzw. in der nächsten gemeinsamen Sitzung beider Ausschüsse am 16.06.2011 für Fragen zur Verfügung.

Herr Swieter bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Ammersken teilt mit, seiner Meinung nach könne man die Bewertung dieser Eröffnungsbilanz sehr kurz halten und er fokussiere auf eine Kennzahl der Eigenkapital-Fremdkapitalquote, welche in der Bilanz sehr gerne herangezogen werde. Mit dieser Kennzahl wäre Herr Lutz bei jeder Bank ein gerngesehener Gast. Auch sei daraus ersichtlich, dass Herr Lutz gute Arbeit für die Stadt Emden machen würde.

Herr Jahnke bedankt sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung. Bereits bei dem zweitägigen Workshop sei ersichtlich gewesen, mit welcher Akribie hier gearbeitet worden sei. Er bedauert es jedoch, dass dieses Werk, was letztendlich der Rat zu entscheiden habe und auch für die Zukunft ein wesentliches Instrumentarium des Rates sei, dem Rat wieder einmal als Tischvorlage vorgelegt worden sei. Besonders kritisiere er, dass es vorab auch noch Bestandteil einer Pressekonferenz gewesen sei. Seiner Meinung sei es ein Instrument, was eigentlich dem Rat zustehe und ihm als erstes vorgelegt werden müsste.

Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation (Nr. 31) und des Rechnungsprüfungsausschusses (Nr. 15) am 25.05.2011

Herr Jahnke bemerkt, das Eigenkapital in der Bilanz einer GmbH würde sich aus der Differenz der Vermögensgegenstände und der Schulden ergeben. Er fragt an, ob dieses auch hier der Fall sei.

Herr Lutz entgegnet, es handele sich um das gezeichnete Eigenkapital laut Gesellschaftsvertrag, das damit einbezogen sei.

Herr Bongartz beantragt, diese Vorlage in die Fraktionen zu verweisen, um sich dort intensiv damit beschäftigen zu können. Weiter führt er aus, auch er würde es bedauerlich finden, dass nicht zuerst dem Rat diese Eröffnungsbilanz vorgelegt worden sei.

Er erklärt, diese Bilanz sei ein Glanzstück verwaltungstechnischen Handels und er halte es für außergewöhnlich klug, zeitnah das Rechnungsprüfungsamt in dieses Geschehen mit einzubinden, da dann recht schnell auch eine Prüfung vorgenommen werden konnte. Weiterhin sei es beruhigend zu wissen, dass die Stadt Emden mit dieser Eröffnungsbilanz nun optisch für alle sichtbar gut aufgestellt sei. Man sollte auch zukünftig keinen Gedanken daran verschwenden, das vorhandene Tafelsilber zu verschwenden. Vielmehr sollte man sich an das halten, was der Kämmerer gesagt habe und absolute Haushaltsdisziplin gerade auch in den Jahren wahren, in denen viel Geld zur Verfügung stehe. Nur so könne man daraus für schlechtere Zeiten lernen. Herr Bongartz bedankt sich abschließend bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Herr Koziolk bedankt sich ebenfalls für die Eröffnungsbilanz, die sich seiner Ansicht nach durchaus sehen lassen könne. Er sei froh darüber, dass endlich das doppische Haushaltssystem eingeführt worden sei, da hier auch die Rückstellungen dargestellt würden. Nur so könne man handlungsmäßig schnell eingreifen.

Herr Renken schließt sich dem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Herrn Lutz an. Man habe jetzt tatsächlich ein Bild der Vermögensverhältnisse der Stadt Emden und könne sich mit anderen Kommunen vergleichen. Emden bewege sich auf einem guten Niveau auch vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung nach den schwierigen Jahren 2007 und 2008.

Herr Schulze fragt an, wieso jetzt der Schuldenstand 33 Mio. € betrage. Seines Erachtens würde dieser um die 90 Mio. € liegen.

Herr Lutz führt aus, die übrigen genannten Zahlen würden sich auf die genehmigten Schuldenaufnahmen beziehen. Glücklicherweise habe man in den letzten Jahren an manchen Stellen vermeiden können, den einen oder anderen Darlehensbetrag aufzunehmen. Es wäre auch unsinnig gewesen, Zinsen für aufgenommenes Geld zu zahlen, während man selbst welches in der Kasse habe. Der größte Schuldenbetrag sei 2007 an den BEE übertragen worden. Herr Lutz erinnert an die große Diskussion bezüglich der Kapitalverzinsung beim BEE. Nach Prüfung habe man sich hier auf einen Zinssatz von 5,5 % geeinigt. Im gleichen Zusammenhang habe man sich überlegt, ob der BEE unter Umständen einige der Verbindlichkeiten der Stadt Emden übernehmen könne. Somit habe man das Eigenkapital des BEE reduziert. Dafür habe der BEE die Schulden übernommen. Auch dürfe man nicht vergessen, dass in der Zwischenzeit die Schulden immer wieder getilgt worden seien.

Frau L. Meyer bittet um Auskunft, wie viele Kommunen in Niedersachsen schon eine Eröffnungsbilanz vorgelegt hätten.

Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation (Nr. 31) und des Rechnungsprüfungsausschusses (Nr. 15) am 25.05.2011

Herr Lutz antwortet, diese Frage könne er nicht beantworten. Ihm sei bekannt, dass einige Städte bereits im Jahre 2005 umgestellt und zwischenzeitlich ihre Eröffnungsbilanz vorgelegt hätten. Er gehe jedoch davon aus, dass Emden zu den ersten zehn Prozent gehöre. Seines Erachtens sei jedoch die benötigte Zeit nicht der wesentliche Punkt, sondern, dass das Bild, welches gemacht worden sei, auch zutreffe.

Beschluss: Verweisung an die Fraktionen

Ergebnis: einstimmig

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 5 Beachtung des Umweltzeichens "Blauer Engel" bei Neubeschaffung von IT-Geräten;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 07.03.2011
Vorlage: 15/2026

Herr Mecklenburg erklärt, seine Fraktion habe einen Antrag gestellt, ob bei der Neuanschaffung von IT-Geräten darauf geachtet werde, dass diese das Umweltzeichen „Blauer Engel“ tragen würden. Die Stellungnahme der Verwaltung und auch die Anmerkung des Rechnungsprüfungsamtes seien sehr ausführlich und überzeugend, sodass er davon ausgehe, dass der Fachdienst 212 die neuen rechtlichen Vorgaben ab dem Jahre 2011 in den zukünftigen Ausschreibungen berücksichtigen werde.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 6 Naturstrom - Stadt Emden und städtische Tochtergesellschaften;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 29.03.2011
- Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 30.03.2011
- Antrag der FDP-Fraktion vom 30.03.2011 sowie Ergänzung vom 02.04.2011
- Stellungnahme der CDU-Fraktion vom 03.04.2011
- Antrag der CDU-Fraktion vom 03.04.2011
Vorlage: 15/2018

Beschluss: Die Stadt Emden, einschließlich ihrer Eigengesellschaften und Betriebe, beziehen ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt ausschließlich Naturstrom.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Stadtwerke Emden: Atomkraft - Nein danke!
- Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 30.03.2011
Vorlage: 15/2020

Herr Renken erklärt, seine Fraktion habe vor dem Hintergrund der Katastrophe von Fukushima am 30.03.2011 zwei Anträge gestellt. Seit langer Zeit beschäftige sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Thema Atomausstieg für die Stadt Emden. Besonders gehe es hier auch um einen schnellstmöglichen Ausstieg aus dem Bezug von Atomstrom durch die Stadtwerke Emden. In seinem Antrag habe er drei Punkte genannt. Herr Renken geht auf die Situati-

Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation (Nr. 31) und des Rechnungsprüfungsausschusses (Nr. 15) am 25.05.2011

on im Land ein und führt aus, welche Städte bereits tätig geworden seien. Es sei außerordentlich zu begrüßen, wenn es auch der Stadt Emden gelingen würde, einen solchen Weg zu gehen.

Weiter bezieht sich Herr Renken auf die landesweite Initiative der SPD in Niedersachsen, wonach alle Städte und Gemeinden und die Stadtwerke aufgefordert würden, ein Konzept für den schnellstmöglichen Ausstieg aus dem Bezug von Atomstrom vorzulegen. Wenn man sich ein wenig umhöre, dann sei ersichtlich, dass auf kommunaler Ebene zunehmend begriffen werde, dass die Kommunen den Atomausstieg selber machen könnten. Auch würde es keine Fristen geben. Die Städte seien in der Lage, über ihre Stadtwerke und eigenen Gesellschaften selbst einen Beitrag zu leisten und aus dem Atomstrom auszusteigen. Dieses sei bezahlbar und passe in die Zeit. Es gäbe nicht immer solche Zeitfenster, die man nutzen könne, um politischen Initiativen umzusetzen.

Herr Edzards erklärt, er habe das Ansinnen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Kenntnis genommen und stellt fest, atomstromfreien Strom könnten die Stadtwerke Emden nicht liefern. Das sei auch anderen Stadtwerken nicht möglich. Entweder sei es ein Strom, der aus Kernenergie und aus fossilen Energiequellen stamme oder es sei tatsächlich reiner Naturstrom. Wenn jetzt atomstromfreier Strom verlangt würde, könne er dem entnehmen, Strom aus Gas und Kohle dürfe es durchaus sein. Dieses sei aber nicht möglich, da sich der derzeitige Strommix in Emden aus 25 % Kernenergiestrom, 40 % Steinkohle und Braunkohle und 35 % erneuerbaren Energien zusammensetze. Herr Edzards gibt zu bedenken, dass die Stadtwerke Emden schon mehr als 50 % ihres Strombedarfs aus Windenergie erzeugen würde. Dieser Windstrom bleibe physikalisch im Emdener Netz. Dennoch sei dieser Strommix so ausgewiesen, weil der Windstrom theoretisch nicht in Emden verbleibe, sondern an das Übertragungsnetz abgegeben und aus dem Erneuerbaren-Energiengesetz vergütet werde. Das bedeutet auch, dass der andere Strom in jedem Fall ein Mix aus Kernenergie, Gaskraft und Kohlekraft sei.

Weiter führt Herr Edzards aus, seit langer Zeit würden in Emden verschiedene Naturstromtarife angeboten. Das jüngste Produkt sei „Watt bi uns“, welches mit einem elektronischen fernablesbaren Zähler verbunden sei, um auch Stromeinsparungen zu ermöglichen. Daneben würde es auch das Produkt „Naturwatt“ geben, welches die Stadtwerke direkt von der EWE beziehen würden. Hierbei handele es sich um Naturströme, die sogenannte Premiumqualität hätten, da diese garantiert aus Anlagen kämen, die jünger als sechs Jahre sein. Dazu würden allerdings auch Windenergieanlagen und Sonnenenergieanlagen gehören. Dieser Strom koste zurzeit 0,39 Cent netto pro Kilowattstunde. Weiterhin könne man auch Naturstrom über sogenannte Recs-Zertifikate beziehen. Dieses seien Ströme aus Wasserkraft. Allerdings sei der Nachweis hier nicht so streng. Dieses könnte dennoch ein Schritt in die gewünschte Richtung sei. Dieser Strom koste pro Kilowattstunde inzwischen 0,3 Cent netto und werde sicherlich in den nächsten Jahren teurer werden. Wenn man dieses jetzt auf den gesamten Strombedarf in Emden umrechne, würde es etwa 500.000 € Mehrkosten verursachen. Als Geschäftsführer der Stadtwerke Emden, der auch für den geschäftlichen Erfolg dieses Unternehmens verantwortlich sei, halte er dieses nicht für nötig. Die Stadtwerke Emden seien Windkraftpioniere und würden in diesem Jahr zum ersten Mal in der Lage sein, von ihrem Windstromüberschuss etwas zurückzugeben und an ihre Kunden zu verteilen. Dieses mache insgesamt auf das Jahr gesehen etwa 800.000 € aus. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Emden sei bereit gewesen, diesen Weg mitzugehen. Seiner Ansicht nach sei damit ein Signal gesetzt worden, was in dieser Form einmalig in Deutschland sei. Er kenne bisher keinen einzigen Windenergiebetreiber, der aus seinem erwirtschafteten Überschuss einen Teil an seine Kunden zurückgeben würde.

Herr Edzards bemerkt, seiner Meinung sei es nicht nötig, nur um der Symbolkraft zu genügen, jetzt komplett aus der Atomenergie auszusteigen, um der Welt zu zeigen, dass man gegen A-

Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation (Nr. 31) und des Rechnungsprüfungsausschusses (Nr. 15) am 25.05.2011

tomenergie sei. Die Stadtwerke Emden hätten bereits bewiesen, dass sie ohne Atomstrom die Stadt Emden mit Strom versorgen wolle. Er sei im Augenblick nicht bereit, noch einmal 500.000 € für Wasserkraft aus Norwegen oder Österreich auszugeben, ohne genau zu wissen, wo dieser wirklich herkomme. Er sei aber schon bereit, um ein Signal setzen zu können, dass der Aufsichtsrat der Stadtwerke unterstütze, dass die Stadt Emden für ihren ganzen Strombedarf den Naturstrom mit Premiumqualität nehme und auch die Tochtergesellschaften der Stadt Emden aufgefordert würden, Strom nach Recs-Zertifikaten oder Premium-Naturstrom zu beantragen. Die anfallenden Mehrkosten müssen dann aber auch getragen werden. Der Rat könne dieses als Gesellschafter der Tochtergesellschaften beschließen und es würde dann umgesetzt. Dadurch würden Mehrkosten beim Premium-Naturstrom in Höhe von 75.000 € jährlich und beim Recs-Zertifikate-Strom in Höhe von 57.000 € jährlich entstehen. Dadurch würde man für die städtischen Einrichtungen ein Zeichen setzen. Alle andere wolle die Stadtwerke Emden mit ihren Marketinginstrumenten gewinnen. So habe man für das Projekt „Watt bi uns“ bereits über 2.000 Kunden gewonnen.

Herr Swieter bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Ammersken erklärt, grundsätzlich sei die Zielsetzung dieses Antrages gesellschaftlicher Konsens. In dem Antrag werde gefordert, ein Konzept vorzulegen. Nach seinem Dafürhalten liege dieses Konzept bereits seit Jahren vor. Die Stadtwerke Emden würden alles dafür tun, um den Anteil an erneuerbaren Energien in der Stadt Emden zu erhöhen und sei somit auf einem richtigen Wege. Unter dem Tagesordnungspunkt 6 der heutigen Sitzung werde der Rat sicherlich ihre Tochtergesellschaften auffordern, Naturstrom zu beziehen und somit ein maßgebliches Zeichen zu setzen. Seiner Meinung nach dürfe man die Stadtwerke nicht mit 500.000 € im Jahr belasten, die diese selbstverständlich auf die Verbraucher umlegen würden. Man sollte den Bürgern schon die Option belassen, einen Naturstromvertrag selbstständig zu fordern. Alles andere sei seines Erachtens auf den Weg gebracht. Die Zielsetzung sei richtig, aber so könne seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Lutz hält die Zielstellung für richtig und erklärt, der Aufsichtsrat habe zu Beginn des Jahres gesagt, als er gemerkt habe, dass es Änderungen im Strompreis geben würde, die entsprechenden Erträge aus den Windkraftanlagen sollten zur Reduzierung des Strompreises mit einfließen. Diese habe den Grund, dass jeder Verbraucher die Strompreiserhöhung spüren würde. In der Stadt Emden gäbe es auch genügend Familien, die finanzielle Probleme hätten. Von daher stelle sich die Frage, ob man tatsächlich die Strompreise erhöhen solle. Bei 500.000 € würde dieses 10 € pro Person bedeuten. Hier sollte man sich überlegen, welche Haushalte dieses vielleicht nicht schultern können. Bei der Erhöhung des Strompreises sollte man auch bedenken, dass die Stadtwerke sich im Moment noch im oberen Drittel in ganz Niedersachsen bewegen würden und ein recht günstiges Angebot hätten. Wenn jetzt unter Umständen Verbraucher abwandern und anschließend vor dem Problem stehen würden, dass sie keinen Lieferanten mehr hätten, wäre das nicht wünschenswert.

Herr Lutz gibt auch zu bedenken, dass durch die Erträge und Gewinne aus der Windkraftenergie es ermöglicht würde, mit den Wirtschaftsbetrieben das Hallenbad relativ kostengünstig zu fahren. Diese entsprechende Gewinnabführungsregelung habe der Rat schon vor einiger Zeit gefasst. Wenn man zu dem Ergebnis komme, dass die Gewinne der Stadtwerke nicht mehr ausreichen würden, dann müsse die Stadt Emden diese Mittel aus dem städtischen Haushalt nehmen.

Abschließend erklärt Herr Lutz, wenn die Stadt Emden mit ihren Tochtergesellschaften tatsächlich in den reinen Bezug von Naturstrom einsteige, sei dieses eine Alternative. Zudem würden die Stadtwerke daran arbeiten, das Konzept umzusetzen und zukünftig nur noch Windkraft, der

Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation (Nr. 31) und des Rechnungsprüfungsausschusses (Nr. 15) am 25.05.2011

hauptsächlich in Emden produziert würde, anzuwenden. Seiner Ansicht nach würde damit schon ein Teil der Forderung erfüllt.

Herr Bongartz betont, er sei Herrn Edzards als Geschäftsführer der Stadtwerke Emden sehr dankbar, dass er sachlich die Umstände dargestellt habe. Ihn irritiere in dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der letzte Satz, dass die Kunden durch den Ausstieg nicht belastet würden und Mehrkosten mit Zustimmung der Politik aus den Gewinnen der Stadtwerke für das Jahr 2011 finanziert würden. Dort stehe im Grunde genommen zunächst erst einmal die finanzielle Problematik. Seiner Meinung nach seien die Stadtwerke Emden schon seit Jahren auf dem richtigen Weg. Wenn man diesen Weg vernünftig weitergehe, werde man sicherlich auch nach einiger Zeit dort ankommen, wo alle miteinander hinwollen.

Herr Bongartz bemerkt, man sollte darauf vertrauen, dass die Stadtwerke diesen Weg kontinuierlich weitergehen würden. Damit sei man ein Vorbild für viele andere Städte in Deutschland. Er ist der Ansicht, dass den Stadtwerken kein Geld weggenommen werde dürfe, da sie darauf angewiesen seien. Insofern sollten die Beschlüsse zu diesem Thema mit einem Sachverstand im Aufsichtsrat der Stadtwerke gefasst werden. Im Grunde genommen wollen alle den gleichen Weg gehen, doch sollte man dieses mit Augenmaß betrachten. Seine Fraktion werde diesen Antrag auch im Interesse der Stadtwerke nicht mittragen und lehne ihn aus diesen Gründen konsequent ab.

Anschließend erkundigt sich Herr Bongartz, ob Deutschland verpflichtet sei, billigen Atomstrom, der in anderen Ländern produziert worden sei, durch seine Netze zu leiten.

Die Frage wird von **Herrn Edzards** bejaht.

Herr Jahnke bedankt sich bei Herrn Edzards, der eindrucksvoll ausgeführt habe, was das Unternehmen gemeinsam mit dem Aufsichtsrat zum Thema regenerative Energien gemacht habe. Emden sei hier wirklich absolut beispielhaft. Insofern sei der eingeschlagene Weg richtig gewesen. Auch seien etliche Mio. € in die Hand genommen worden, um die Windenergie auszubauen, in der Hoffnung, dass entsprechend über das Erneuerbare-Energien-Gesetz Erträge auch irgendwann erzielt werden könnten. Seiner Ansicht nach sollte dieser Weg weitergegangen und auch versucht werden, die Kunden in der Stadt Emden mitzunehmen. Die steigende Tendenz der „Watt bi uns“-Kunden zeige, dass die Leute durchaus begriffen hätten, dass sie selber auch bereit sein müssten, vielleicht einmal diese 10 € mehr zu bezahlen. Die letzte Katastrophe habe gezeigt, dass Atomenergie wirklich nicht beherrschbar sei. Vielleicht könnte man endlich in zehn oder zwölf Jahren darauf verzichten. Auch er sei der Ansicht, dass man diesen Weg kontinuierlich weitergehen sollte, wie Herr Edzards das aufgezeigt habe. Heute sollte man mit den städtischen Töchtergesellschaften damit anfangen, auch wenn es Mehrkosten verursache, die letztlich durch den Haushalt zu tragen seien. Damit habe man erneut ein Signal als Stadt Emden gesetzt. Insofern könne er seinen Vorrednern nur zustimmen. Herr Jahnke stellt fest, der Antrag sei so nicht richtig, denn es könne nicht sein, dass die Stadtwerke die Mehrkosten zu tragen hätten oder die Bürger aufgefordert würden, mehr zu bezahlen. Sinnvoller sei es, sie mitzunehmen und Sensibilität herzustellen. Er sei davon überzeugt, dass man hier auf dem richtigen Weg sei und die Stadtwerke mit dem Geschäftsführer und dem Aufsichtsrat in guten Händen sei.

Herr Renken stellt fest, er habe die Beiträge mit Interesse zur Kenntnis genommen. Schon im Jahre 2007 habe er den Geschäftsführer der Stadtwerke um Prüfung gebeten, ob es nicht möglich sei, den Strombezug der Stadtwerke atomstromfrei zu gestalten. Er habe damals darauf verwiesen, dass die Stadtwerke Kassel ihren Strombezug bereits 2007 umgestellt und anstelle von Atomstrom Wasserkraftstrom eingekauft habe. Das zeige, dass es möglich sei. Bei der

Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation (Nr. 31) und des Rechnungsprüfungsausschusses (Nr. 15) am 25.05.2011

Förderung und beim Ausbau der erneuerbaren Energien würden auch die Stadtwerke Emden eine herausragende Rolle einnehmen. Wer jedoch ein bisschen weiter geguckt habe, der hat auch gesagt, der schnellstmögliche Ausstieg aus dem Atomstrom sei ein ebenbürtiges Ziel. Er lobe die Initiativen der Stadtwerke und trage auch als Aufsichtsratsmitglied die Entscheidungen zum Ausbau der erneuerbaren Energien mit. Er kritisiere aber die Position, die zum Ausstieg aus dem Atomstrom hier bezogen werde.

Herr Renken bezieht sich auf die Aussage der Verwaltung in der Vorlage, dass es zu sozialen Härten führen würde, wenn man die 500.000 € auf die Haushalte umlege. Seiner Ansicht würden dabei etwa 14 € im Jahr pro Person an Zusatzbelastung anfallen, wenn man diese Summe auf die Kunden umlegen würde. Er frage sich, was daran eine soziale Härte sei. Seiner Meinung seien die Leute bereit, dieses zeige sich nicht nur an dem Umstieg aus dem Naturstrom. Im Übrigen hätten die Stadtwerke auch noch die Möglichkeiten, mit dem Windbonus die Umstellung auf Wasserkraft zu finanzieren.

Abschließend bemerkt Herr Renken, er würde es begrüßen, wenn alle Fraktionen seinem weiteren Antrag hinsichtlich der Umstellung auf Ökostrom zustimmen würden.

Herr Koziolk erklärt, er teile die Argumentation von Herrn Edzards uneingeschränkt und bemerkt, man dürfe nicht vergessen, was in den letzten Jahren diesbezüglich erreicht worden sei. Er werde dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Jahnke führt aus, er könne durchaus die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verstehen, die zurzeit auf einer Erfolgswelle schwimmen würde. Doch sollte man diese Sache nicht zu sehr in einem Wahlkampfgetöse enden lassen. Alle Fraktionen seien sich über das Ziel einig. Herr Bongartz habe gerade gesagt, das Ganze mit Außenmaß zu betrachten und den eingeschlagenen Weg kontinuierlich fortzusetzen. Herr Jahnke ist der Ansicht, ein solcher Antrag sei daher nicht erforderlich und würde deswegen auch heute nicht die Zustimmung seiner Fraktion erhalten.

Herr Götze bemerkt, alle seien sich über die Ziele einig. Doch er halte es nicht für in Ordnung, dass finanzschwache Personen wieder zusätzlich belastet werden sollten.

Herr Graf beantragt, diesen Tagesordnungspunkt in die Fraktionen zu verweisen.

Herr Renken erklärt, im Mittelpunkt seines Antrages stehe das tatsächliche Handeln und nicht das Reden. Er halte die Nutzung der Atomenergie nicht für sozial gerecht. Es sei auch nicht gerecht, das Risiko auf sich zu nehmen, dass Hunderttausende von Menschen bei möglichen katastrophalen Unfällen mit dem Tod bezahlen müssten. Darum gehe es seiner Meinung nach in der gesellschaftlichen Debatte derzeit. Seine Fraktion habe im Übrigen auch vorgeschlagen, wie man z. B. Bezieher von ALG II unterstützen könne.

Er erkundigt sich bei dem Ausschuss, warum es nicht möglich sei, gemeinsam einen Beschluss zu fassen, der heißt: Ziel der Stadt Emden ist der schnellstmögliche Ausstieg der Stadtwerke aus der Atomkraft. Die Stadtwerke Emden GmbH wird beauftragt, ein Konzept vorzulegen, wie der Strombezug zum nächstmöglichen Zeitpunkt, spätestens jedoch nach Ablauf der bestehenden Lieferverträge atomstromfrei und ohne zusätzliche CO₂-Emissionen gestaltet werden kann. Seiner Ansicht nach sei dieses eine gemeinsame Position. Danach könne der Aufsichtsrat auf Grundlage von Fakten sich damit beschäftigen, ob das ab 2012, 2013 oder 2014 möglich sei. Dieses sei sein Vorschlag, um in der Sache überhaupt noch weiterzukommen.

Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation (Nr. 31) und des Rechnungsprüfungsausschusses (Nr. 15) am 25.05.2011

Herr Edzards betont nachdrücklich, er habe bereits ein Konzept vorlegt und gesagt, was möglich sei. Er habe aber auch gesagt, dass er als Geschäftsführer dem Aufsichtsrat dieses nicht empfehlen könne. Wenn der Aufsichtsrat durch den Gesellschafter etwas anderes mache, sei es deren Sache. Seit 20 Jahren würden die Stadtwerke Emden an diesem Konzept des Ausstiegs aus der Atomenergie massiv arbeiten und hätten deutlich gesagt, wo man im Jahre 2030 stehen wolle. Diesen Weg werde man konsequent fortsetzen und schneller an das Ziel kommen als die anderen Stadtwerke, die jetzt ganz schnell aufgrund von bestimmten Bürgerwünschen atomfreien Strom kaufen würden.

Herr Renken hält den Zeitpunkt, an dem die Stadtwerke Emden aus dem Bezug von Atomstrom aussteige, für den entscheidenden Punkt.

Herr Lutz erklärt, den Termin habe Herr Edzards gerade genannt. Es könne im nächsten Jahr auf Atomstrom verzichtet werden, doch dann müsse Premiumstrom oder Recs-Strom gekauft werden. Die Preise dazu habe Herr Edzards ebenfalls genannt. Wenn eine Gesellschaft, deren Eigentümer die Stadt Emden sei, dazu genötigt würde, einen bestimmten Verlust zu machen, dass müsse auch die Stadt Emden der Gesellschaft diesen Verlust erstatten.

Herr Ammersken stellt fest, wenn Ziel des Antrages gewesen sei, dass die Stadtwerke sich verpflichten würden, langfristig aus der Atomenergie auszusteigen, hätte man hier Konsens erzielen können. Doch wenn davon gesprochen werde, zum nächstmöglichen Zeitpunkt spätestens mit Ablauf der bestehenden Lieferverträge auszusteigen, würde das nicht zueinander passen. Da dann die Stadtwerke nach Beendigung der Lieferverträge in ein schwarzes Loch geschickt würden, weil sie so nicht kalkulieren könnten. Dem könne er nicht zustimmen.

Herr Bongartz erklärt, er wolle sich dagegen verwahren, dass hier Dinge zerredet würden. Seiner Meinung nach habe der Geschäftsführer der Stadtwerke ausdrücklich gesagt, wie intensiv er an dieser Problematik arbeite. Der Rat habe durch seine Mitglieder, die er in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Emden geschickt habe, dieses Konzept immer mitgetragen. Zu keiner Zeit sei hier etwas zerredet worden. Man habe sich an sinnvollen Diskussionen beteiligt und setze die Dinge um, die vernünftig seien. Er stellt den Antrag zur Tagesordnung und bittet, nunmehr über diesen Antrag abstimmen zu lassen.

Herr Swieter lässt zunächst über den Antrag von Herrn Graf, diese Vorlage in die Fraktionen zu verweisen, abstimmen.

Dafür: 3	Dagegen: 19	Enthaltungen: 0
----------	-------------	-----------------

Herr Swieter stellt fest, der Antrag sei abgelehnt worden. Er lässt dann über die Beschlussvorlage abstimmen.

Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation (Nr. 31) und des Rechnungsprüfungsausschusses (Nr. 15) am 25.05.2011

Beschluss: Ziel der Stadt Emden ist der schnellstmögliche Ausstieg der Stadtwerke aus der Atomkraft.
Die Stadtwerke Emden GmbH wird beauftragt, ein Konzept vorzulegen, wie der Strombezug zum nächstmöglichen Zeitpunkt, spätestens jedoch nach Ablauf der bestehenden Lieferverträge atomstromfrei und ohne zusätzliche CO2-Emissionen zu gestalten ist.
Der Gesellschaftsvertrag wird dahingehend geändert, dass der Bezug von Atomstrom ausgeschlossen wird.
Die Gesellschafterversammlung wird angewiesen, so zu beschließen. Der Aufsichtsrat wird um Unterstützung gebeten.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Dafür: 3	Dagegen: 19	Enthaltungen: 0
----------	-------------	-----------------

TOP 8 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Bebauungsgebiet D 112

Herr Lutz erinnert an die Diskussion im letzten Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation und erklärt, dass die angekündigten Angebote an die betroffenen Anlieger in der letzten Woche verschickt worden seien. Einer ersten Rückmeldung habe er entnehmen können, dass die Betroffenen über die Art und Weise dieses Angebotes nicht sehr unglücklich seien. Nunmehr würden Gespräche mit den einzelnen Personen über die direkte Abwicklung geführt. Ein Anwohner habe eine Frage an ihn gerichtet, die er auch umgehend beantworten werde. Da sich diese Person auch an ein Ratsmitglied gewandt habe, habe es dazu gleich eine Anfrage gegeben. Er schlage vor, zunächst dem betroffenen Bürger eine Antwort zukommen zu lassen und dann unter Berücksichtigung der Persönlichkeitsrechte die Antwort an die Fraktionen zu senden.

TOP 9 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.